

# G e s e h

welches das Finanzsystem für die Jahre 1827  
und 1828 aufstellt.

Der L a n d r a t h der Republik und Kantons  
Wallis,

Auf den verfassungsmässigen Vorschlag des  
Staatsrathes,

Gesinnet den Bedürfnissen des Staates für  
die Jahre 1827 und 1828 Vorsehung zu thun;

B e r o r d n e t:

Das Finanzsystem für die Jahre 1827 und  
1828 wird aufgestellt wie folgt:

## I. A b s c h n i t t.

### Salzverkauf.

Art. 1. Der ausschließliche Verkauf des  
Salzes ist dem Staat vorbehalten.

Er soll in allen Salzuden des Landes zu  
fünf Kreuzer das Pfund 16 Unzen Markae-  
wichtes statt haben, und der Betrag davon  
in die Staatskasse geliefert werden.

Dieses Salz soll von erster Qualität sein.

Es darf nicht mehr als die Hälfte dieser Waare in Münz bezahlt werden.

## II. A b s c h n i t t.

### Tobaksverkauf.

Art. 2. Der Tobaksverkauf im Großen und im Kleinen, so wie die Pflanzung und Anbau der zu desselben Verarbeitung dienenden Blätter sind dem Staat vorbehalten, der dessen ausschließliche Uebung einer Gesellschaft in Pacht gegeben.

3. Jede Haushaltung darf jedoch zu ihrem Gebrauche zwanzig Tobakspflanzen anbauen. Der Unternehmer dieser Pachtung ist berechtigt die überschüssige Zahl zu vernichten.

4. Die Tobakspreise werden je zu ein- verstandenen Zeitpunkten erneuert, und ver- mittelst gedruckter Schatztafeln öffentlich be- kannt gemacht.

## III. A b s c h n i t t.

### Ein- und Ausfuhrgebühren.

Art. 5. Die Ein- und Ausfuhrgebühren werden zum Vortheil der Staatskasse durch zwei von dem Landrathe ernannte Regis- seurs besorgt.

Der Staatsrath wählt die übrige Beam- ten, bestimmt ihre Verrichtungen wie jene der Regisseurs, und hält darüber Obacht.

6. Alle Waaren und Effecten die in den

Kanton eintreten, so auch jene die davon herkommen und hier unten angezeigt werden, die Eine wie die Andern, bestimmt dort verbraucht oder fabriziert zu werden sind, außer jenen vom Gesetze des 26ten Novembers 1808 bestimmten Gebühren, noch folgenden Ein- und Ausfuhrzollen unterworfen.

7. Die Stangeneisen, alle rohen Metallmassen, in Kuchen oder Gußklingen, vom Auslande herkommend, werden eine Gebühr von fünf Franken durch Zentner bezahlen.

8. Die nämliche aus den Berggruben des Landes herrührenden und zum innern Verbrauch desselben verkauften Eisen und Metalle (mit Vorbehalt spezieller Ausnahm.) die vom Ausland kommende fassonirten Gänge, der Stahl, die Sensen, Sicheln, Seile, der Alaun, Mablaster, die Zeuge für Kohlsäcke, das Ammermehl, der Schwefel, die Zitronen und der Fischthran bezahlen eine Gebühr von zwey Franken fünf Baken.

9. Alle andern Gegenstände in verarbeitetem Eisen oder Metallen mit Ausnahme der hier unten beleaten Glocken, das Holzgeräth für Zimmer, die Seife, das Papier aller Gattung, die Vitriolsalze, die gedörrten Früchte, das Teiawerk, die Meersfische bezahlen vier Franken durch Zentner.

10. Die Dach- und Mauerziegel, der Kalk und die Kreide werden eine Gebühr von sechs Baken durch jedes Fuhrwerk entrichten.

11. Die Kirchenglocken, die Fayanze, die Topfwaaren, die faſſonirte Breſtenerde, alle Glasarten, die Schleifmühlen und Wekſteine, das Bleiweiß, das Kreidenweiß, der Ocher, das indianiſche Holz, bezahlen ein Franken vier Bagen durch Zentner.

Die Ingrezienzen für den Firniß oder Lack ſo wie jene für die Landesfabriken beſtimmte Farben, die rohen zur Verfertigung des Reims dienenden Stoffe bezahlen die nämliche Gebühr; dieſe Gegenſtände werden jedoch nur zuſolg eines von der Staatskanzley ausgetheilten Zertiſikats dieſer Zollverminderung theilhaftig werden.

Der Staatsrath iſt berechtigt den armen Gemeinden oder jenen die beträchtlichen Schaden erlitten hätten, einen Theil oder ſelbſt die ganze Gebühr für die Einfuhr ihrer Gläſen nachzulassen.

12. Die für den Verbrauch der Zehnen Goms, Brig, Viſp, der Gemeinden Mörel, Grenaiols, St. Peters, Bura und St. Gimgulph eingeführten Weine bezahlen eine Abgabe von fünf Bagen durch Zentner.

Die für jede andere Beſtimmung eingebrachten Weine bezahlen für jeden Zentner, nämlich jene, die in eidgenöſſiſchen Kantonen gewachſen ſind zwei Franken; die vom Auslande herkommenden Weine bezahlen drei Franken.

Die in Flaſchen geſaſten Weine, ohne Un-

terschied ihrer Bestimmung, bezahlen sechs Franken durch Zentner; der Brantwein und Weingeist acht Franken, das Bier sechs Franken, die Liqueurs vier Franken.

Diese Abgaben werden nebst der Barrierengebühr Weg- und Brückenzoll entrichtet werden.

Die von den eidgenössischen Staaten her eingeführten Weine werden mit ihren Ursprungsscheinen begleitet seyn.

13. Der Reis bezahlt einen Zoll von zwey Franken durch Zentner; der Waizen und der Spelz bezahlen ein Franken fünf Baken; der Roggen, das türkische Korn, die Grütze, ein Franken, das Brod aus Waizen, und aus Spelz ein Franken fünf Baken, jedes andere Brod ein Franken, die Gerste und der Haber vier Baken.

Der Staatsrath ist berechtigt die Beziehung der Eintrittsgebühr in Ansicht des Waizens und Roggens einzustellen, sobald der Preis des Ersten auf sechs Franken, und jener des Andern auf vier Franken das Fischei in unserm Lande sich erheben wird.

14 Das große Vieh ist einem Einfuhrzoll von zwanzig Franken durch Stück unterworfen.

Davon sind ausgenommen die Stiere, die minder als zwey Jahre und ein Halbes alt sind, das transitirende Vieh und die Kinder, mit Vorbehalt jedoch jener die zum Schlachten

bestimmt sind, in dem selbe eine Gebühr von zwanzig Franken bezahlen.

15. Für jedes in den Kanton geführte Schwein soll eine Gebühr von zwei Franken erlegt werden; ausgenommen jene welche für die Gemeinden oberhalb der Visperbrücke bestimmt sind, welche nur vier Bazen durch Stück bezahlen.

Diese Thiere dürfen durch keine andere Pässe als jene der Grimsel, der Furca und übrigen des Zehnens Goms eingeführt werden.

Kein in den Kanton durch obbezeichnete Pässe angelanates Schwein darf von der Brücke von Vispach hinunter geführt werden, dieß ben Strafe der Konfiskation.

Die Schaafe bezahlen eine Gebühr von ein Franken; die Ziegen zwei Franken; die Pferde drei Franken; die Maulthiere zwei Franken; die Pferd- und Maulthierfüllen ein Franken fünf Bazen; die Esel ein Franken.

16. Die Tücher, die Leinwandzeuge und andere gewebten im Lande fabrizirten Stoffe; sowie der Faden und die Wolle die man ins Ausland verschleppen wird, um dort eine Zubereitung oder eine Farbe zu erhalten, werden bey ihrer Rückkunft eine Gebühr von zwei Franken durch Zentner bezahlen.

17. Alle andere oben nicht sonderheitlich klassifizirten Gegenstände werden eine Einfuhr-

gebühr von zehn Franken durch Zentner entrichten.

18. Die zur Gebühr unter dem Betrag von zehn Franken verpflichtete Artikel werden den obgemeldten Nachlaß nur dann genießen, wann sie offen, bepackt oder in Kisten abgesondert ankommen, und sind allein der Untersuchung unterworfen.

19. Vom Eintrittszoll sind befreit die Getreide, die Weine, Brandweine und andere Erzeugnisse aus dem Gewächse der im Land säßhaften Gutsbesitzern; die Saamen jeder Art, die Gegenstände von Bewaffnung und Ausrüstung für den Militärdienst, wenn selbe vermittelt Berechtigung von Seiten der Regierung eingeführt werden: die Feuerspritzen, die Mühlsteine, die gehauenen Steine, der Salpeter; die Holzgeschirre zum Bedürfniß der Haus- und Landsökonomie, die Naderu zur Papierfabrikation, die Sandarten für Töpfer- und Glasfabriken.

Diese Zollfreiheit begreift keineswegs die Straßengebühr in sich, welche diese Artikel gleich allen übrigen vom Ausland herkommenden Gegenständen erlegen müssen.

Die im Wallis säßhaften außer dem Kanton Güter besitzende Partikularen, welche für die Erzeugnisse derselben von dem Einfuhrzoll befreit werden wollen, sind gehalten einen recht-

mäßig ausgefertigten Schein über den Ursprung dieser Produkten vorzuweisen.

20. Außer denjenigen Gebühren, die durch das Gesetz vom 26sten November 1808 aufgestellt wurden, sind dem Ausfuhrzoll unterworfen folgende Artikel:

Die behaarten Leder und Felle bezahlen fünf Franken für den Zentner.

Die Ochsen, Kühe, Rind, Pferd, und Maul, Eselleder, wann selbe gegerbt sind, zwey Franken durch Zentner.

Die Felle jeder Gattung, wenn sie gelocht, gelodert und samisch oder weiß gegerbt sind, drey Franken vom Zentner.

Die rohe Wolle, der Terpentin und die Potasche, fünf Franken durch Zentner.

Das alte Kupfer, zwey Franken fünf Bazen durch Zentner.

Das Heu, anderthalb Bazen durch Zentner.

Das Stroh und Moorgras (Lischen), ein halb Bazen durch Zentner.

Die Ausfuhr des Heues, des Strohs und der Lischen wird nur für die Schweizer-Kantone erlaubt.

Das Bauholz, drey Procent seines Werthes.

Das Holz in Scheitern, ein Franken durch Moule.



Das gefällte Schlagholz jeder Art, das Ein Prozent seines Werthes.

Die Stichel, drey Bazen für jedes Tausend.

21. Die Eichenrinden zur Gerberen bezahlen eine Ausfuhrgebühr von zwey Franken durch Borspahn; jene von Tannen, ein Franken.

22. Die Zollgebühren werden auf die roh mit sammt dem Packzeug gewogene Waaren zu sechszehn Unzen Markgewicht bezogen werden.

Sie sollen zu Folge der reglementarischen Verfügungen der staatsräthlichen Beschlüsse abgefordert werden.

#### I V. A b s c h n i t t.

Strassenzoll, Transits- und Brückenrechte.

23. Der Bezug des Weg-Brücken- und Transitszolles wird auf die nämliche Art und durch die nämliche Regie als jener der Ein- und Ausfuhrgebühren statt haben.

24. Diese Gebühren sollen nach den bestehenden Verordnungen und Zolltaseln abgefordert werden; dabey aber wird die im 16ten Artikel des Gesetzes vom 20sten Novembers 1808 bewilligte Befreyung nicht mehr Bestand haben.

25. Der Staatsrath ist berechtigt auf die Transitszölle diejenigen Nachlässe zu be-

willigen welche der Vortheil des Handels anrathen möchte.

## V. A b s c h n i t t.

Patentrecht auf Industrie und Handel.

26. Jeder im Land einsäßige Handelsmann, der in einem Zimmer, Laden oder vermittlest Hausirung verkauft, ist gehalten ein Patent zu nehmen, dessen Preis nach Maß der Ausdehnung, Wichtigkeit und Gattung des Handels, den er treibt, bestimmt werden soll.

27. Desgleichen sind laut den im vorigen Artikel aufgestellten Grundlagen die Apotheker gehalten einen Gewerbsbrief zu nehmen.

28. Alle Fabriken deren Produkte nicht einer den Ein- und Ausfuhrrechten gleichgeltenden Gebühr unterworfen sind, werden zu einem Gewerbsbrief gehalten.

29. Jene, die in der nämlichen Gemeinde mehrere Läden oder Verkaufszimmer halten, werden nur ein Patent bezahlen, und dieß nach Verhältniß der Totalität ihrer Handelschaft.

30. Jene aber die zwei oder mehrere Handelsabsätze in verschiedenen Gemeinden haben, und seys in Zimmern seys in Läden, vorbeigehend oder in beständigen Buden verkaufen, sollen einen Gewerbsbrief für jeden Handelsbank bezahlen.

31. Die einsäßigen Krämer, die sess von selbst oder durch ihre Ladendiener in den Gemeinden hausiren, wo sie keine Anstellung haben, werden nebst jenen die im vorhergehenden Artikel bezeichnet sind, ein Hausirungspatent bezahlen von zehn bis dreyßig Franken nebst jenen die im vorigen Artikel aufgestellt worden sind.

Dieses Patent wird persönlich seyn, und nur demjenigen, der darin beschrieben ist, dienen können.

Sind ausgenommen die Verkäufer an den Messen und Wochenmärkte.

32. Die von den landsmännischen Krämern zu bezahlende Patente sind von vier Franken für das Minimum, und acht-und-vierzig Franken für das Maximum.

33. Die nämlichen Gewerbsbriefe von solchen Krämern zu bezahlen, die nicht Landsmänner aber säßhaft sind und Laden halten, werden auf acht Franken für das Minimum, und auf sechszig Franken fürs Maximum taxirt.

34. Die nicht einsäßige, sondern herumwandelnde Krämer und Hausirer, welche diesen Industriezweig im Kanton benutzen wollen und im Großen oder im Kleinen, in Läden, Zimmern oder Bankgestellen oder Hausirend verkaufen, selbst jene die nur bey Fahrmarkten erscheinen, sind gehalten einen Gewerbsbrief zu nehmen, der für das Minimum zu dreyßig

Franken und fürs Maximum zu achtzig Franken auf ein Jahr auszufertiaet wird, ausgenommen für geringfügige Waaren, deren Verkauf der Staatsrath durch ein unentgeltliches Patent erlauben kann, worinn aber die solche Erlaubniß genießende Gegenstände bezeichnet werden müssen.

35. Die besaaten nicht einsässige Krämer werden keinen Verkehrsbrief erhalten, wenn sie nicht vorerst dem Staatsrathe einen beantragenden Wohlverhaltensschein und eine Quittung der von ihnen bezahlten Eintrittsgebühren werden vorgewiesen haben.

36. Als herumwandelnde Krämer oder Hausirer sind zu betrachten alle jene, die nicht aufweisen können, daß sie in irgend einer Gemeinde als Einwohner angenommen worden; daß sie dort einen Wohnsiß haben und die öffentlichen Lasten abtragen, dort ein Verkaufszimmer oder Laden haben, und den Militärpflichten sich unterwerfen.

Diesem zufolge werden diejenige, welche nicht beweisen können solche Bedingnisse erfüllt zu haben, nicht auf das Verzeichniß der sässigen Krämer eingeschrieben.

37. Jeder hausirende Krämer, bevor er seine Waaren zum Verkauf ausstellen darf, ist verpflichtet dem Präsident der Gemeinde sein Patent, worinn diese Pflicht ausgedrückt werden soll, aufzuweisen.

Er ist ebenfalls gehalten dasselbe einer jeden Civil - Militär - oder Polizeybehörde, so oft er dazu wird aufgefodert werden, vorzuweisen.

Dieser Gewerbsbrief gilt gleichfalls nur für die darin bezeichnete Person, ohne daß irgend eine andere an ihre Stelle gesetzt werden kann.

38. Diejenige, welche mit dem Holz sens im Innern sens vermitteltst Ausfuhr aus dem Kanton Handel treiben, sind verpflichtet eine Patente von vierbis sechs zig Franken zu nehmen.

39. Die so mit Vieh und andern in den Kanton eingeführten Thieren jeder Gattung Handel treiben, werden ein Patent bezahlen von zehn bis vierzig Franken.

40. Die Kornhändler im Innern zahlen ein Patent, von sechs bis zwey und dreyzig Franken, und jene die mit Einfuhrung des Korns in Natura, in Mehl oder Brod handeln, wann der Preis desselben im Kanton nicht über vier Franken das Fischei Roggen, und nicht über sechs Franken das Fischei Weizen steigt, werden eine Patente von zwey - und - dreyzig bis vier - und - sechs zig Franken bezahlen.

41. Die Waarenspectoren für Transitsgegenstände sind gehalten ein Patent von sechs - zehn bis sechs zig Franken zu nehmen.

42. Jede Person die ein öffentliches Wirthshaus, Gastgebery oder Schenkhaus mit einem

Aushängsschilde hält, ist zu einem Gewerbsbrief von zwölf bis sechszig Franken verbunden.

43. Die Wirth, welche ohne Schild zu führen, Mahlzeiten geben und logieren, werden ein Patent von zehn bis zwei- und dreißig Franken zahlen.

44. Jeder Verkäufer von Wein, Most, Bier und aller Gattung geistigen Getränkes, welcher aufkauft um wieder zu verkaufen, sei es im Großen sei es im Kleinen, ist einem Patent unterworfen von acht bis vier- und zwanzig Franken.

45. Die Billards oder andere Spielorte, wo warme oder kalte Getränke verkauft werden, und die dazu von den Ortsbehörden Erlaubniß erhalten haben, sind zu einem Patent von zwölf bis vier- und zwanzig Franken verbunden.

Es wird nicht mehr denn Eine solcher Gewerbsstätte in einer Gemeinde zugelassen.

46. Die hierunten bezeichnete Handwerksmänner und Professionisten sind verpflichtet einen Gewerbsbrief zu bezahlen, dessen Minimum und Maximum, wie nächst folgt, angesetzt sind:

Die Fabrikanten von zehn bis sechszig Franken.

Die Uhr- und Orgelmacher, von vier bis sechszechn Franken.

Die Maurermeister, von vier bis zwey-und-dreyßig Franken.

Die Müller, von zwey bis sechs- und -zehen Frk.

Die Becker, von drey bis sechs- und -zehn Frk.

Die Metzger, welche Fleischbank halten, von acht bis sechs- und -dreyßig Franken.

Die Gerber, von vier bis sechs- und -dreyßig Franken.

Die Färber von vier bis vier- und -zwanzig Franken.

Die Schuster, welche Leder aufkaufen, um selbes im Kleinen zu verhandeln, oder die Schuhe verfertigen und selbe für ihre eigene Rechnung verkaufen oder während einigen Monathen des Jahrs Werkgesellen halten, von zwey bis sechs- und -zehen Franken.

Die Hammerschmieden, von vier bis zwey- und -dreyßig Franken.

Die einfachen Handschmieden, die Nagelschmieden, die säßigen und haufirende Kannengießer, die Blechschmieden, die Kupferschmieden und die Glaser, von zwey bis sechs- und -zehen Frk.

Die Säger werden einer Patente von zwey bis zehn Franken unterworfen sowie die fremden Hechler und Schleifer.

Die Haderlumpensammler für die Papierfabriken sind zu einem Patent von zwey bis acht Franken gehalten.

Alle andere Handwerksmänner und Professionisten als die Vorgenannten, welche den größten Theil des Jahrs Gesellen halten, oder selbst das ganze Jahr hindurch an ihrer Profession oder Handwerk arbeiten, werden ein Patent bezahlen von zwey bis zwölf Franken.

47. Die Advokaten sind verbunden einen Standesbrief zu nehmen.

Es werden deren sechs Klassen aufgestellt.

Die erste zahlt zwölf Franken.

Die zwente, sechszeihen Franken.

Die dritte, vier- und- zwanzig Franken.

Die vierte, sechs- und- dreszig Franken.

Die fünfte, acht- und- vierzig Franken.

Die sechste, sechszig Franken.

Dergleichen Patente werden nur Eingebornen oder naturalisirten Wallisern ausgefertiget und nur an öffentliche Schreiber oder Rechtslizenzierte, welche die übrigens hinreichende Kenntnisse besitzen um ihre Klienten vertheidigen zu können.

48. Die Personen, welche sich beladen die Rechte eines Andern in der Eigenschaft als Sachwalter vor Gericht zu vertheidigen, sind verbunden ein Patent zu nehmen, dessen Minimum auf acht und das Maximum auf vier- und- zwanzig Franken angejest ist.



Dies Patent wird ihnen nur auf eine vom Staatsrath hinreichend erkannte solidare Bürgschaft für Gewährleistung der denselben anvertrauten Geldsummen ausgemittelt werden.

Die Advokaten, welche sich mit dem Einzug der Gelder beladen, sind ebenfalls gehalten ein Einzugssachwalterpatent zu nehmen.

50. Von diesem Patent sind enthoben alle Personen, die Kehrweise oder vermög ihres Amtes mit der Einnahme für Kirchenfabriken, für Gemeinden, religiöse Bruderschaften und Korporationen beladen sind, so wie jene die nur zufällig die Verreibung einer einzigen Schuld für einen Anverwandten übernehmen.

Ingleichen sind auch die Bögte und Schaffner von dem Patent befreit, wenn selbe im Namen ihrer Pupillen handeln.

Die Einzugssachwalter sind berechtigt vor Gericht erster Instanz für Gegenstände, die ihren Einzug, sens in Hinsicht der Kapitalien sens in jener der Zinse betreffen, zu sprechen.

51. Die durch die Artikel 47, 48 und 49 bezeichnete Patentpflichtigen sind gehalten, um ihren Gewerbsbrief zu erhalten, unmittelbar

dem Staatsrathe die daherige Unterwerfung zu machen.

52. Die patentirte Advokaten und die in vorhergehenden Artikeln gemeldte Sachwalter, werden allein zugelassen vor die Gerichtshöfe zu erscheinen.

53. Jede im Kanton säßhafte Person, welche auf dem Boden der Republik jagen will, ist gehalten einen dießfälligen Erlaubnißschein zu nehmen, wofür Sie zwei Franken bezahlen wird. Diese Scheine werden vom Staatsrathe nur nach Abhörung des Gemeinderaths, wo der ansuchende Jäger sich aufhält, ertheilt.

Ist jedoch ohne Patent erlaubt die kleine Jagd, jene der Dachsen, so wie jene der wilden Thiere.

54. In allen Klassen, wo kein Unterschied zwischen den landsmännischen und nicht patriotischen Patentsfalligen obwaltet, wird der Staatsrath das von den Nichtpatrioten schuldige Recht um ein Viertel darüber erheben, bey übrigens gleichem Handel und Industrie.

55. Der Staatsrath ist berechtigt den Professionisten, welche ihre Armuth, vermög der von ihren Ortsbehörden ausgestellten, vom Zehnenpräsidenten und Einnehmer bescheinigten Erklärung würden bewiesen haben, Gewerbsbriefe unentgeltlich zu bewilligen.

## V I A b s c h n i t t

## Uebertretungs-Strafen.

56. Die den Verordnungen in Betreff der Einfuhr und ausschließlichen Salzverkauf zuwiderhandelnde, werden mit Konfiskation des Salzes und aller ihnen und ihren Mitschuldigen zugehörigen Gegenständen bestraft.

Sie werden überdieß eine Buß von hundert Franken und das Doppelte im Rückfalle entrichten.

57. Diejenige, welche den Gesetzen betreffend der Ein- und Ausfuhrgebühren zuwiderhandeln, werden in die Konfiskation aller angehaltenen Gegenstände verfallen, die ihnen oder ihren Mitthaftern zugehören, und überdieß in eine Geldbusse von fünf-und-zwanzig bis sechs- und-zwanzig Franken.

Die Geldbusse wird doppelt im Rückfalle seyn, und die Uebertreter sollen beyneben mit Gefängnißstrafe belegt werden, deren Dauer nicht unter fünfzehn Tagen, noch über drey Monate seyn darf.

Die wider solche Uebertreter getragenen Urtheile werden in der Gemeinde wo die Zuwiderhandlung ist begangen worden, öffentlich kund gemacht werden.

58. Die Uebertreter der Verfügungen in Hinsicht des ausschließlichen Tobaksverkaufs werden gleichfalls mit Konfiskation der ihnen oder ihren Mitschuldigen zugehörigen Gegenständen bestraft. Sie sollen überdieß eine Buß entrichten von fünfzig Franken und doppelt soviel im Rückfalle. Ein Drittel dieser Geldstrafe und der Konfiskation kommt der Regierung zu, der andere Drittel wird dem Angeber zugesprochen, und der übrige Drittel unter den Armen der Gemeinde ausgetheilet, wo der Betrug entdeckt worden ist.

59. Als Mitschuldige werden betrachtet die Fuhrleute, die Schiffsmänner und Packträger, welche das Zollamt ausweichen oder vorbeipassiren ohne ihre Ladung zu consigniren, so auch jene, die dazu aufgefordert ihre Deklaration nicht abgeben, oder falsche Erklärung über Gegenstände machen, die ihnen bekannt seyn mußten.

60. Wer immer die Entrichtung der Wegzölle, Transit- und Brückengebühren verweigert oder betrügt, bezahlt eine Buß von zwey- und-drenßig Franken, im Rückfalle das Doppelte, und verfällt in die Konfiskation aller sowohl ihm als seinen Mitschuldigen zugehörigen Gegenständen, die ergriffen werden können.

61. Als Uebertreter und mit den nämlichen Strafen belegt sind erklärt alle die,

welche sich beladen, Gegenstände, die dem Ausfuhrzoll unterworfen sind, auf einem von der Landstrasse abgesonderten Wege außer dem Kanton zu führen, wenn sie nicht vorerst bey dem nächstgelegenen Zollamte die Anzeige dieser Waaren gemacht haben.

62. Diese Erklärung wird dem Zehneinnehmer gemacht werden können, vermittelst Entrichtung der Gebühren in seine Hände, wogegen derselbe einen Quittungszettel ausfertigt, worinn die Beschaffenheit und Menge der angegebenen Gegenstände bezeichnet werden müssen.

63. Im Falle wo der Träger mit einer beträchtlichen Quantität Waaren, als im Zahlungschein angegeben worden ist, betroffen werden sollte, wird er in die durch den 57sten Artikel bestimmte Strafen verfallen.

64. Die für Uebertretungen gegen die Patentgebühren ausgesprochene Strafen, werden bestimmt wie folgt:

Eine Geldbusse die das Doppel des Patentpreises beträgt wider jene, welche einen Handel oder ein neues Gewerbe unternommen haben, und mehr dann fünfzehn Tage verstreichen lassen, ohne um ein Patent zu nehmen, sich unterworfen zu haben.

Eine dem Patentpreise gleiche Geldstrafe wider jene, die nach der Publikation der zu bewirkenden Einziehung des Modells und einer auf ihre Kosten vom Waibel gemachten Notifikation zögern werden ihren Gewerbsbrief zu hinterziehen und zu bezahlen.

Eine Buße von vier Franken von den Jägern zu entrichten, welche mit keinem Erlaubnißzettel versehen sind; eine Hälfte dieser Geldstrafe wird dem Angeber zukommen, und die andere Hälfte der Gemeinde, wo die Zuwiderhandlung wird statt gefunden haben.

65. Jeder nicht säßhafte Krämer und Hausirer, welcher ohne Patent verkaufend oder mit einem solchem betroffen würde dessen Erlaubnißfrist verlossen, wird eine Buß von vier- und sechzig Franken erlegen müssen.

66. Die herumwandelnde Krämer, welche in die Häuser eintreten, selbst dann wo sie dahin berufen worden wären, um dort Waaren zum Verkauf anzutragen, werden zu einer Buße von sechszehn Franken verfällt.

## I I V. A b s c h n i t .

### Allgemeine Verfügungen.

67. Der Verbalprozeß von Uebertretungen der Verfügungen im Betref der Ein- und Ausführgebühren, soll innerhalb acht- und

vierzig Stunden der Gerichtsschreibern des Großkaßlans oder jener des Ortsrichters eingegeben werden. Der Gerichtsschreiber wird darüber Urkund. ausstellen und unter Straf der Verantwortlichkeit dieses Verbal in den drey seit dem Empfang desselben verflossenen Tagen einsenden.

Die Verbalprozesse werden jedoch auch noch nach Verfluß obbestimmter Fristen zugelassen.

68. In allen Fällen, wo der dem Anzeiger an der Geldbuße so wie an der Konfiskation zukommende Antheil durch das Gesetz oder Spezialreglemente nicht angegeben worden ist, soll er auf ein Drittel sich erstrecken.

69. Nachdem die Patentenrodel geschlossen worden, ist es den Zehneinnehmern nicht mehr erlaubt irgend einen Erlaubnißschein, als Weinschent, auszufertigen, bevor der Rath der Gemeinde, welcher der Aussprecher zugehört, sein Gutachten hierüber wird ertheilt haben.

70. Der Staatsrath ist mit der Vollziehung des gegenwärtigen Gesetzes und aller reglementarischen Verfügungen, die selbes sowohl für die Aufsicht als für das Kontroll der Zollämtern als für die Verhinderung des Schleichhandels erheischen wird, beauftragt.

Gegeben im Landrathe zu Sitten den  
22 ten May 1826.

Der Landshauptmann der Republik,

De Riva z.

Die Schreiber des Landraths.

Roten, Morand.